Erhöhung um Fr. 170'000

Begründung:

Es vergeht kaum eine Woche ohne eine Schlagzeile in den Medien, die sich um das Thema Cyberkriminalität dreht. Die Fallzahlen in diesem Bereich sind seit der Jahrtausendwende stetig gestiegen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, hat der Kanton Zürich eine ganze Abteilung unter dem Namen "Kompetenzzentrum Cybercrime" geschaffen, die auch proaktiv ermittelt, z.B. in Online-Chats.

Erschwert wird diese neue Aufgabe durch den Technologiewandel; nach dem Mooreschen Gesetz verdoppelt sich die Speichermenge (Komplexität integrierter Schaltkreise) über einen Zeitraum von 12 bis 24 Monaten. Hinzu kommt die steigende Anzahl an Applikationen "Apps" auf den Geräten (Laptop, PC, Smartphone, etc.). Aufgrund der stetig wachsenden Datenmenge und Komplexität von Informationstechnologien erhöht sich logischerweise auch der Aufwand bei der Sicherstellung und vor allem bei der Auswertung von Daten.

Leider kann man keine Verschiebung der Delikte von der Strasse weg ins Internet feststellen, die für den Kantonshaushalt kostenneutral umgesetzt werden könnte. Es wäre vermessen, nun proaktive Ermittlungen im Bereich Cybercrime im Kanton Basel-Stadt zu fordern. Dennoch haben die derzeit verfügbaren Mittel zur Folge, dass viele Ermittlungs-Fälle an Externe vergeben werden müssen. Dieser Umstand treibt den Sach- und Betriebsaufwand (31) in die Höhe und zieht Verfahren zusätzlich in die Länge. Mit einer zusätzlichen Vollzeitstelle könnte einerseits die Falldauer stark gesenkt und andererseits der Sach- und Betriebsaufwand dauerhaft um ca. Fr. 50'000 entlastet werden.

Deshalb wird der Regierungsrat gebeten, eine Vollzeitstelle in der Abteilung IT-Ermittlungen in der Höhe von Fr. 170'000 ins Budget aufzunehmen.

Alexander Gröflin